

erein Calw
 hftlichen Be-
 ch zu dem
 Dehlinger
 ndespolitik
 ntag, 1. Fe-
 hltlich einzu-
 h. d. E. H. g.
 eichung
 en
 ntag.
 Evangelischen
 hlt der Abge-
 ür diese Wahl
 t werden, in
 ählbaren Be-
 sätzmigliedern
 Wahlvorstand
 enbezirk Calw
 et sein. Von
 Erfahrmiglied
 ung zur Auf-
 en. In den
 en von kirch-
 nant werden,
 Kirchentags-
 bde abzulegen
 pätetens
 Dekanat-
 hlausschusses:
 r 1931.
 nten die
 der treu-
 fer
 schwe-
 schen ist.
 ebenen
 2 Uhe.
 10%
 Februar
 nen Posten
 -höhen
 att
 berfr. 6
 NETZGER-
 ENSTRASSE
 isst
 der
 haus
 er
 bulach
 schöne
 Schweine
 verkauf aus
 an Bäuerle.

Erscheinungsweise:
 Täglich mit Ausnahme
 der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
 a) im Anzeigenteil:
 die Seite 20 Goldpfennige
 b) im Reklameteil:
 die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
 kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
 kann keine Gewähr
 übernommen werden

Gerichtsstand
 für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
 In der Stadt 40 Goldpfennige
 wöchentlich mit Trägerlohn
 Post-Bezugspreis 40 Gold-
 pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
 annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
 besteht kein Anspruch auf Lieferung
 der Zeitung oder auf Rückzahlung
 des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
 Friedrich Hans Scheele
 Druck und Verlag
 der A. Oelschläger'schen
 Buchdruckerei

Nr. 26

Montag, den 2. Februar 1931

Jahrgang 103

Die Osthilfe vor dem Reichskabinett

Beginn der Beratungen über das Osthilfegesetz — Eine Protesterklärung des Reichslandbundes

U. Berlin, 2. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett begann am Samstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz). Die Beratungen werden diese Woche fortgesetzt.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes protestiert.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat am Sonntag in Berlin getagt und eine Entschließung gefasst, in der es u. a. heißt: Der Herr Reichspräsident hatte in seiner Botschaft vom 18. 9. 20 der Reichsregierung die Aufgabe gestellt, daß zunächst die Agrarmaßnahmen, die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt. Seitdem sind 10 Monate vergangen. Die Notlage der Landwirtschaft hat sich gerade in dieser Zeit in einem Ausmaße verschärft, welches in den letzten 100 Jahren geradezu beispiellos in der Welt dasteht. Unsere Ermahnungen sind ungehört verhallt. Die ständig wachsende Zahl der Konkurse in der Gesamtwirtschaft, die über alle Vorstellungen hinaus gewachsene Zahl der Arbeitslosen, sind das sichtbare Ergebnis der Versäumnisse und Fehler deutscher Agrarpolitik der Nachkriegszeit bis zum heutigen Tage. Wenn auch auf einer Reihe von Teilgebieten Maßnahmen, die der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität dienen sollten, getroffen worden sind, so sind die maßgebenden Grundprobleme bis heute noch nicht tatkräftig und ansprechend angegriffen worden.

Die Schuldigen an dieser katastrophalen Entwicklung sind dieselben Kreise einseitig händlerischer und exportindustrialistischer Interessenten, die die gesamte deutsche Wirtschaft und Politik schon seit der Vorkriegszeit in verhängnisvoller Weise zum Schaden des deutschen Volkes beeinflusst haben. Die eigennütigen Bestrebungen dieser Kreise unter Anspannung der Marxisten haben es verstanden, die Möglichkeiten des nachrevolutionären Systems für ihre Sonderzwecke auszunutzen. Politisches Auspielen ihrer politischen Hilfstruppen in den Parlamenten hat es ermöglicht, für ihre Politik den verfassungsmäßigen Rahmen zu schaffen. Auch die gegen-

wärtige Reichsregierung ist diesen Einflüssen Schritt für Schritt erlegen und dadurch mit schuldig. Diesen Gegenkräften hätte eine Reichsregierung nur dann im Sinne des Hindenburgauftrags erfolgreich begegnen können, wenn sie sich auf die Kräfte gestützt hätte, die bereit waren, das Tributproblem anzupacken, den Schutz der deutschen Arbeit als sicherste Lebensgrundlage des deutschen Volkes anzurichten und von den marxistischen Mächten, die gegenwärtig Preußen und von da aus die Reichspolitik beherrschen, gelöst hätte.

Die Reichsregierung hat durch ihr Versagen beim Landvolk tiefe Misstrauen erweckt. Die Verhandlungen der letzten Tage über neue Agrarmaßnahmen können an diesem Urteil um so weniger etwas ändern, als die von der Regierung in Aussicht genommene Methode der Durchführung zu Halbheiten und Mißerfolgen führen muß. Eönende Worte und halbe Maßnahmen lehnt die Landwirtschaft ab. Sie hat ein umfassendes Sanierungsprogramm vorgelegt. Der Reichslandbund kämpft um eine Reichsleitung, die sich frei macht von den bisherigen schädlichen Einflüssen und Abhängigkeiten, und fordert daher den Rücktritt einer Regierung, die nicht sofort und ungeschwächert diese Forderungen zur Tat macht.

Ein Weg aus der Krise

U. Bielefeld, 2. Febr. Im Wahlkreisparteitag der Deutschen Staatspartei Westfalen-Nord sprach der preussische Finanzminister Dr. Köpfer-Aischoff über „Politische Verunsicherung oder Radikalismus“. Er führte aus, daß drei Voraussetzungen nötig seien, um die gegenwärtige Krise zu überwinden: Scharfer Kampf gegen die radikalen Elemente, Wiederherstellung der Ordnung in den öffentlichen Finanzen, Beachtung der wirtschaftlichen Gesetze durch Abban des Preisniveaus, um unseren Außenhandel zu halten und weiter zu sichern. Im Laufe seiner Ausführungen unterstrich der Minister die Fehler, die durch überstürzte Investitionen bei öffentlicher und privater Wirtschaft gemacht worden sind. Er kritisierte, daß der Kapitalmarkt in unerhörter Weise von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen würde. Scharf wandte sich Köpfer-Aischoff gegen die utopischen Theorien der Nationalsozialisten, besonders Gottfried Feder's. Durch Ausgabende von Staatsschuldscheinen würde man noch einmal die Währung völlig zerstören.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Aussprache im Internationalen Arbeitsamt — Ein Reichsausschuß zur Prüfung der Arbeitslosenfrage

U. Genf, 2. Febr. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Samstag nach bewegter Aussprache die Vorschläge des Internationalen Ausschusses für die Arbeitslosenfrage angenommen. Darnach werden den Regierungen folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfohlen werden:

Internationale Organisation der Arbeitsmärkte durch öffentliche Arbeitsnachweise, Weiterentwicklung des Arbeitslosen-systems, Vergebung großer öffentlicher Arbeiten im Rahmen der einzelnen nationalen Wirtschaften, Zusammenarbeit zwischen den Regierungen für die Verwendung der Arbeiter in noch wenig ausgebauten Gebieten. Auf deutschen Antrag wurde in die Aufzählung der Ursachen der Arbeitslosigkeit, die in dem Bericht genannt werden, auch die Frage der allzu schnellen Nationalisierung aufgenommen. Ferner ein Hinweis über die ungleichmäßige Verteilung der Goldreserven in der Welt.

In der Aussprache hat Ministerialdirektor Weigert vom Reichsarbeitsministerium den Standpunkt der Reichsregierung zu dem Bericht folgendermaßen dargelegt: Unter den praktischen Vorschlägen scheint ihm von besonderer Bedeutung die Aufforderung an die Regierungen, große öffentliche Arbeiten von internationalem Charakter auf dem Boden der internationalen Verständigung auszuführen. Eine solche Verständigung würde vor allem dann sehr nützlich sein, wenn der in vielen Ländern bestehende Kapitalmangel mit Hilfe anderer Länder ausgeglichen werden könnte. Die praktischen Lösungen in der Arbeitslosenfrage seien nicht in sozialen Maßnahmen, so wichtig diese auch seien, sondern in tiefgehenden Veränderungen der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse zu finden. Diese Veränderung könne nicht mechanisch erreicht werden, sondern es sei dazu die Aenderung der Gesinnung der wirtschaftlichen Gruppen von größter Bedeutung. Die Zeit einer Nationalisierung, die nur wirtschaftliche und technische Ge-

sichtspunkte tenne und den Faktor Mensch vergesse, müsse beendet sein. Arbeitszeit- und Lohnfrage müssten auf Grund neuer Gesinnung geprüft werden, die durch eine gemeinsame Formel der beiden Gruppen gefunden werden müsse. Es fehle nicht an Anzeichen, daß diese Gesinnungsänderung bereits im Gange sei. Der Redner kam dann auf die Arbeitslosenversicherung zu sprechen. Er betonte dabei, daß der Zustand in Deutschland, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer 6 v. H. des Arbeitslohnes als Beitrag zur Versicherung abführen, neben 11 v. H. durchschnittlichen Beitrages für andere Sozialversicherungszweige nicht länger ertragen werden könne. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung müsse in einer Form erhoben werden, die einen wirksamen Appell an Arbeitgeber und -nehmer darstelle. Heute sei die Arbeitslosenversicherung für eine internationale Regelung noch nicht reif. Das letzte Ideal im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei eine Wirtschaftsordnung, die eine Arbeitslosenversicherung entbehrenlich mache. Am Schluss seiner Ausführungen betonte Weigert, daß in der Frage der Arbeitslosigkeit nicht nur das Schicksal der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, sondern auch das Schicksal Europas, ja das Schicksal der ganzen zivilisierten Welt beschlossen liege. Jetzt müsse man an den Veränderungen der Gesinnung mitarbeiten.

Ausschuß zur Prüfung der Arbeitslosenfrage.

U. Berlin, 2. Febr. Der große Umfang, den die Arbeitslosigkeit in der Welt und besonders in Deutschland angenommen hat, hat bewirkt, daß ständig aus allen Kreisen der Bevölkerung Vorschläge zur Lösung der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen gemacht werden. Die Reichsregierung hat nunmehr einen Ausschuß berufen, der die grundlegenden Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen behandeln und der Reichsregierung ein Gutachten darüber erstatten soll. Der Ausschuß besteht aus

Tages-Spiegel

Zu Reichskabinett begann am Samstag die Beratung des Osthilfegesetzes; sie wird erst im Lauf dieser Woche abgeschlossen werden.

Die Reichsregierung hat einen Ausschuß zur Prüfung der Vorschläge ernannt, die zur Lösung der Arbeitslosigkeit eingehen.

Das Gericht in Opyeln hat im Prozeß gegen die Polenflieger entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts den einen Flieger zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, den anderen freigesprochen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Samstag den Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat den Regierungen nach Abschluß einer umfangreichen Erhebungsarbeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfohlen.

Zur Vereinfachung und Förderung der Zusammenarbeit im württembergischen Handwerk wurde eine Spitzenorganisation gebildet.

folgenden Persönlichkeiten: 1. Dr. Heinrich Brauns, Reichsmin. a. D., 2. Dr. Bernhard Dernburg, Reichsmin. a. D., 3. Dr. Hermann Derich, Direktor im Reichsversicherungsamt, Professor an der Universität Berlin, 4. Dr. Wilhelm Engler, Präsident des Landesarbeitsamtes Heffen, 5. Hans Fried, Ministerialdirektor a. D., 6. Dr. Eduard Heimann, Professor an der Universität Hamburg, 7. Frau Antonie Hopmann, 8. Dr. Wilhelm Kolligelt, Professor an der Universität Frankfurt a. M., 9. Dr. Adolf Trostloetz von Batocki-Friede, Oberpräsident a. D., 10. Dr. Friedrich Zahn, Präsident des Bayerischen Staatlichen Landesamtes.

Den Vorsitz wird Dr. Brauns führen. Der Ausschuß wird erstmalig am 5. Februar 1931 zusammentreten. Dem Ausschuß gehören diesmal im Gegensatz zu dem mit ähnlichen Aufgaben befaßten Ausschuß von 1929 Vertreter wirtschaftlicher und öffentlicher Körperschaften nicht an. Der Ausschuß wird aber Vertreter der genannten Kreise und andere Sachverständige in weitestem Umfange gutachtlich hören.

Die Polenflieger vor Gericht

U. Opyeln, 2. Febr. Am Samstag wurde vor dem hiesigen Erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen die polnischen Flieger Wolf und Jmiela, die am 9. Januar, dem Tage des Reichskanzlerbesuches, in Opyeln gelandet sind, geführt. Die Anklage stützte sich auf Verletzung der Pass- und Luftfahrbestimmungen. Das Urteil lautet: Der Angeklagte Jmiela wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Angeklagte Wolf wird wegen Passvergehens zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Soweit Verurteilung erfolgte, fallen die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten Wolf zur Last.

Politische Zusammenstöße

U. Berlin, 2. Febr. In Berlin hat es eine Reihe politischer Zusammenstöße gegeben, bei denen eine Person getötet und vier verletzt wurden. Der Polizeipräsident teilt hierzu mit: In der Nacht zum 1. Februar kurz nach 3 Uhr morgens entstand in Charlottenburg in der Schloß-Ecke Hebbelstraße eine Schlägerei zwischen Anhängern der NSDAP und der KPD, in deren Verlauf von Seiten der NSDAP-Leute mehrere Schüsse abgegeben wurden. Durch diese Schüsse wurden der 24jährige Arbeiter Ditto Grüneberg-Charlottenburg getötet sowie der 24jährige Arbeiter Erich Niemschneider-Charlottenburg sowie der 21jährige Arbeiter Fricke Liere-Charlottenburg schwer verletzt. Unmittelbar nach dem Vorfall wurden vier Angehörige der NSDAP als der Tat dringend verdächtig festgenommen.

Weitere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ereigneten sich im Norden und im Nordwesten Berlins, wobei es weitere Verletzte und Verhaftete gab.

Do X zum Südamerikaflug aufgestiegen

U. Newyork, 2. Febr. Das deutsche Flugboot Do. X ist am Samstag vormittag 9.08 Uhr MEZ. aus Lissabon zum Flug nach Südamerika gestartet. Der Etappenflug begann bekanntlich am 5. November von Friedrichshafen aus und mußte Ende November wegen Brandes der linken Tragfläche im Hafen von Lissabon unterbrochen werden.

Das Flugschiff Do. X hat Samstag nachmittag die Kanarischen Inseln erreicht und ist um 16.05 Uhr MEZ. in Las Palmas glatt gewässert.

Ein Vorschlag zur Behebung der Arbeitsnot

II. Essen, 1. Febr. In der ordentlichen Hauptversammlung der Friedrich Krupp AG. sprach der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, über die gegenwärtige Wirtschaftslage, wobei er u. a. ausführte: Wir müssen den Versuch machen, ein weiteres Anschwellen der Arbeitslosigkeit zu verhindern und darüber hinaus Arbeitslose möglichst rasch wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Das geht nicht ohne Opfer auch derjenigen, die heute noch in Lohn und Arbeit stehen. Wir müßten versuchen, mit dem bisherigen Aufwand für Löhne und Gehälter mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege billiger zu produzieren. Das würde für den einzelnen Arbeitnehmer eine Kürzung seiner gegenwärtigen Nominalbezüge um ungefähr den prozentualen Anteil der Zahl der wieder eingestellten Leute bedeuten. Dem Unternehmer siele bei diesem Versuch die Aufgabe zu, für vermehrte Arbeiten zu sorgen und darüber hinaus müßte er das Risiko für den Absatz einer allmählich vermehrten Produktion auf sich nehmen. Je schneller und gründlicher eine solche Aufgabe angefaßt würde, um so kürzer würde sich der für alle Beteiligten schwierige Uebergang zu normalen Arbeits- und Absatzverhältnissen gestalten.

Verbot nationalsozialistischer Kundgebungen in Hessen

II. Darmstadt, 1. Febr. Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wurden durch das hessische Ministerium des Innern mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres für das Gebiet des Staates Hessen alle öffentlichen Kundgebungen, Auf- und Umzüge, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel verboten, die von Gruppen nicht in Hessen wohnender Angehöriger der NSDAP, oder deren Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen veranstaltet oder besucht werden. Verbotswidrige Kundgebungen verfallen ohne weitere Ankündigung der vollzeitlichen Auflösung.

Als Gründe für diese Maßregel werden angegeben, daß, seitdem in den an Hessen angrenzenden Gebieten eine Reihe von Uniform- und Umzugsverboten erlassen werden sei, die außerhessischen Ortsgruppen der NSDAP, das Land Hessen immer häufiger als ihr Aufmarschgebiet benutzten, indem sie ihre Bundeskleidung zeigen und nach beliebigen Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel veranstalten konnten.

Vor parlamentarischen Kämpfen

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat sich bekanntlich das Ziel gesetzt, in 120 Verhandlungskunden den gesamten Reichshaushaltsplan für 1931 durchzuführen. Er will seine Verhandlungen etwa Ende Februar abschließen. Zweifellos ist er schon ein gutes Stück vorwärts gekommen, obwohl die wichtigsten Haushaltspläne, die des Reichsministeriums, des Reiches und des Inneren, noch nicht erledigt worden sind. Verabschiedet vom Ausschuss wurden bisher die Haushaltspläne für den Reichspräsidenten, die Reichskanzlei, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsjustizministerium und für das Reichsernährungsministerium. Der Haushaltsausschuß wird also auch noch während bereits die Vollziehungen stattfinden, täglich viele Stunden arbeiten müssen. Man rechnet sogar damit, daß sich Abendstunden für den Ausschuss als notwendig erweisen werden. Der Arbeitsplan für die Vollziehungen wird am morgigen Dienstag aufgestellt werden. Schon in dieser Sitzung des Ausschusses wird es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen, da die Regierung darauf dringt, daß der Haushaltsplan auch in den Vollziehungen bis zum 31. März verabschiedet wird. Es haben in dieser Hinsicht bereits Besprechungen zwischen den Parteien, die die Reichsregierung stützen stattgefunden. Man beschäftigt einen genauen Stundenplan aufzustellen und ihn auch durchzuführen. Die Redezeit soll aufs äußerste vergrößert werden. Auch will man wieder von dem Geschäfts-

Eine neue zwischenstaatliche Agrarkonferenz

Demnächst beginnen in Wien die Verhandlungen der Mitteleuropäischen Agrarkonferenz, die auf Anregung der Oesterreichischen Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft und des in Wien befindlichen Mitteleuropa-Instituts veranstaltet wird. Anlaß auch dieser zwischenstaatlichen Tagung ist naturgemäß die schwere landwirtschaftliche Krise, leitend für sie das Bestreben gewesen, Vorseorge für den Absatz der künftigen Ernteergebnisse zu schaffen und damit einer ähnlichen Krise bzw. einer Verschlimmerung der Lage vorzubeugen, wie sie durch den Absatzmangel und den Preisrückgang der landwirtschaftlichen Produkte im letzten Jahre wahrgenommen wurde.

Die bevorstehende Tagung steht im Zusammenhang mit den bereits vor kurzem oder längerer Zeit stattgefundenen zwischenstaatlichen landwirtschaftlichen Konferenzen, ein Zusammenhang, der allerdings nicht weiter organisatorisch zu verspüren ist, aber durch das Verhandlungsprogramm in Erscheinung tritt. Man wird sich mit den Ergebnissen der bereits vorangegangenen Agrarkonferenzen beschäftigen müssen und heute bereits zu den Feststellungen gelangen, ob die früherzeitlich erhofften Auswirkungen eingetreten sind. Der Fragebogen, der an die zur Teilnahme berechtigten Agrarstaaten zur Verfertigung gelangte, beschäftigt zur Klärung der Verhandlungen in erster Linie die Lösung des Problems, ob die Agrarkrise weltwirtschaftlicher, europäischer oder mitteleuropäischer Natur ist und dementsprechend Lösungsmöglichkeiten in Angriff genommen werden müssen. Die weiteren Verhandlungen werden sich damit zu beschäftigen haben, ob die Lösung der Fragen seitens der Agrarstaaten oder seitens der Einfuhrländer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Angriff zu nehmen oder eine gleichzeitige Gemeinschaftsarbeit beider Interessentengruppen am zweckmäßigsten ist. Das Belgrader Abkommen der Agrarexportländer, das eine einheitliche Verkaufsorganisation vorschlug, soll eingehend erörtert werden. Es wird sich gerade in diesem Punkt erweisen müssen, ob die noch vor etwa zwei Monaten als richtig angesehenen Arbeitsgrundlagen auch noch der heutigen Lage entsprechen. In Verbindung hiermit steht die Erörterung über das zwischen den landwirtschaftlichen Einfuhr- und Einfuhrländern zu errichtende handelspolitische System. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob die Erörterung dieser Fragen in den Schöpfung des Völkerbundes gelegt oder ob eine unmittelbare Verhandlung zwischen den an diesem Problem besonders interessierten Staaten Mitteleuropas angestrebt werden soll.

Wie hat sich in den letzten Monaten die Verhandlungsführung der an der Ausführung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse besonders interessierten osteuropäischen Länder

entwickelt? Die Belgrader Agrarkonferenz hatte zwischen Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Polen und Rumänien zu einem Abkommen geführt, das die Nationalisierung des Verkaufes von Weizen, Mais und Korn in die Wege leiten sollte. Jeder der genannten Vertragsstaaten verpflichtete sich, eine gesamtstaatliche Organisation zu errichten, welche die Menge aller für die Ausfuhr bestimmten Getreidefrüchte festsetzen sollte und die Gewähr dafür bot, daß diese landwirtschaftlichen Produkte an das Ausland nur zu einem Preis und zu Bedingungen verkauft wurden, die das gemeinsame Zentralbüro festsetzte. Der 1. Juli 1931 wurde als Stichtag anberaumt, die Zusammenarbeit auf dieser Grundlage zu beginnen. Oesterreich antwortete auf diese Maßnahme der fünf Agrarstaaten mit der Drohung, eine eigene staatlich kontrollierte Stelle zu schaffen, die als handelsfähiger Partner auftreten könnte und den Getreideeinkauf zu befragen hätte.

Staatssekretär a. D. Professor Dr. Santos, dem das einleitende Referat der Wiener Mitteleuropäischen Agrarkonferenz übertragen worden ist, äußerte sich vor kurzem gerade über die hier zur Aussprache stehenden Fragen im Rahmen der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft herausgegebenen Berichte über Landwirtschaft und vertrat die Auffassung, daß zweifellos das Angebot der Agrarstaaten an die Industriestaaten laut den Beschlüssen der bisherigen zwischenstaatlichen Agrarkonferenzen auf eine bevorzugte Behandlung der Agrarprodukte in den Industriestaaten hinauslaufe, während die Industrie für die Einfuhr nach den Agrarstaaten nach wie vor der Meistbegünstigung unterliegen sollten. Santos hält diese kaum durchführbare Forderung nur für eine faktische Notwendigkeit, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Agrarländer den Industrieprotektionismus allmählich abschwächen, wogegen die Industrie die Agrarprotektionismus fallen lassen müßten.

Die Verhandlungen der Mitteleuropäischen Agrarkonferenz in Wien werden ergeben, ob man aus der Diskussion der letzten Monate und aus der sich immer mehr zuspitzenden Lage auf agrarpolitischem wie auch auf allgemein wirtschaftspolitischem Gebiete gelernt hat. Sie dürften mit darüber entscheiden, ob allgemeine zwischenstaatliche Maßnahmen eine Hilfe in der gegenwärtigen Lage bedeuten können, ob sich die Form der Arbeitsgemeinschaft zwischen wirtschaftlich entsprechenden Staaten als durchführbar erweisen wird oder ob sich die Maßnahmen auch noch in weiterer Zukunft auf jenen Gebieten bewegen, die ausgefahren sind und weber der Landwirtschaft noch der Wirtschaft überhaupt jene Unterstützung zu bieten vermögen, deren sie so dringend bedürfen.

ordnungsmittel des Schlusstrags Gebrauch machen, nachdem seit Jahren Eisanträge im Reichstag zu den größten Seltenheiten gehört haben. Es ist natürlich, daß diese Pläne der Regierungsparteien bei den anderen Parteien, denen man damit die Redezeit stark beschränken will, auf lebhaften Widerstand stoßen werden, sodas fürmliche Auseinandersetzungen schon in den nächsten Reichstagsitzungen zu erwarten sind. Aus diesen Befürchtungen heraus erklärt sich auch die Ankündigung des Präsidenten, daß er von den Ordnungsbestimmungen der Geschäftsordnung vollen Gebrauch machen werde.

Festnahme einer Falschmünzerbande

II. Hamburg, 1. Febr. Der Hamburger Landesfalschgeldstelle gelang es wiederum, eine Falschmünzerbande unwiderruflich zu machen. Als Kriminalbeamte in dem Keller eines Hauses in der Jägerstraße im Hammerbrook überraschend erschienen, trafen sie einen Mann bei der Herstellung falscher Pfünfmarkstücke an. Es handelte sich um einen Tischler, der sofort festgenommen wurde. Bei der Durchsichtung des Kellers fand man außer dem Falschmünzengerät 90 falsche 5-Markstücke, die beschlagnahmt wurden. Außer dem Tischler

wurden zwei weitere Mittäter festgenommen, ein Händler und ein Buchdrucker, der der Polizei bereits als Falschmünzger bekannt war. Die weiteren Ermittlungen führten dann noch zur Verhaftung zweier anderer Personen, die als Helfer tätig waren. Es wurde festgestellt, daß die Festgenommenen vor einiger Zeit auch Zweimarkstücke verfertigt und vertrieben hatten.

Neuer Versicherungsmord?

II. Basel, 1. Febr. Nach einer Meldung aus Como wurden in einer Schlucht der Corni Di Canzo-berge die Leichen des Chemikers Dr. Francesco Mezzardi und seiner Geliebten Bernard aufgefunden. Die beiden, die in Mailand wohnten, hatten im Sommer bei einem Ausflug den Tod gefunden. Da Dr. Mezzardi einige Zeit vor seinem Verschwinden mit 1 Million Lire sich in eine Lebensversicherung hatte aufnehmen lassen, die zugunsten seines Veters, des Kaufmanns Luigi Magni, lautete, der ihm sogar das Geld für die hohen Prämienzahlungen vorstieß, so vermutet die Polizei ein Verbrechen. Magni und 5 andere Personen wurden verhaftet.

Bilien auf dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

88. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)
Fröhliche Durststimmungen sangen das Lied, dessen wehmütige Klänge selbst am padend den hellen, warmen Sommerabend erfüllten.

Astrid wurde blaß und sah feil vor sich, die Hände um das Knie geschlungen. Ursula brach in ein fröhliches, unbeherrschtes Weinen aus.

„Mein Gott, Ursula, was ist denn?“ fragte äckelnd gelaut die Geheimrätin.

„Ich kann das Lied nicht hören.“

„Sieht ein braver Reitermann —“ Klara es sehr ganz deutlich zu ihnen herüber.

„Sieht ein braver Reitermann!“ sprach Astrid halb flüsternd vor sich hin.

„Nein!“ sagte sie denn laut vor sich hin, dabei die Hand über die Augen legend, als wollte sie das Bild verwischen, das da schrecklich vor ihr aufsteigen war.

Sie konnte Ursulas Weinen, der Mutter Klagen nicht mehr hören und stand auf. Da kamen der Vater und der Bruder aus dem Hause geschritten. Sie ging ihnen entgegen.

„England hat uns den Krieg erklärt!“ rief der Geheimrat erregt.

„Auch noch? Vater!“ Bana klang Astrids Stimme.

„Großes, Schweres legt Gott uns auf! Doch mit seiner Hilfe werden wir auch dieses Heinde noch Herr werden, mein Kind!“ entgegnete er. „Vertraut auf Gott! Vertraut unserer Regierung und vertraut unserem Heer!“

„Was mich betrifft — ich werde mein Möglichstes tun!“ meinte Kurt.

„Du? Wieso wolltest du?“ Ungläubig klang Astrids Frage.

„Da! Man hat meine Dienste als Kriegsfreiwilliger angenommen.“

Die Geheimrätin richtete sich aus ihrer bequemen Stellung auf, sah den Sohn entsetzt an und hob abwendend die Hände.

„Nein, Kurt! Du, das überlebe ich nicht!“

„Und ich würde es nicht überleben, untätig und in Sicherheit zu bleiben als siebenundzwanzigjähriger Mann, während so viele Aeltere alle Gefahren und Entbehrungen auf sich nehmen!“ entgegnete er scharf.

„Kurt, mach es rückgängig! Hast du nicht an deine Mutter gedacht?“ Verzweifelt rief sie die weichen Hände; sie war jetzt doch aus ihrem Gleichgewicht gebracht.

„Ich habe an meine Pflicht und an mein Vaterland gedacht, Mutter, — an weiter nichts! — Es sind alles Tugenden von Mittern, die da hinausziehen!“

„Du diesem Glanze leuchteten Astrids Augen; sie ging auf den Bruder zu und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Ach danke dir, Kurt! Und ich bitte dich, mir zu verzeihen, wenn ich dich — oft genug — anfränkt! Ich bin stolz auf dich!“ Ihre Stimme bebte vor Ergriffenheit.

„Astrid, du hastest mich einmal, Lillie auf dem Felde“ genannt — und nicht mit Unrecht. Ans Feld will ich nun gehen, wenn auch nicht als Lillie, sondern als ganz gewöhnlicher Feldgrauer.“ Er sprach, sich selbst verstoßend, um die ihn unbegreifliche Mühsung abzuschütteln. Aber er brückte der Schwester herzlich die Hand, und beide blickten sich tief in die Augen; sie verstanden sich und begegneten sich in der heiligen Vaterlandsliebe.

„Kurt als gemeiner Soldat! Nein, nein, das kann ich nicht annehmen! Du bleibst hier, bist dem Papa unentbehrlich! Wenn du nicht als Offizier —“

„Mama, eine Extrawurst wird nicht für mich gebrochen, das konntest du nicht verlangen.“ meinte er ungeduldig in seiner angewohnten, nachlässigen Erweichtheit ihre unvernünftigen Klagen ab. „Nun bitte ich euch, kein Wort mehr über die Sache zu verlieren, die

erstens selbstverständlich und zweitens unwiderruflich ist!“

„Kurt hat recht, Mama, und ich will ihm nicht nachsehen! Ich werde die Verwundeten pflegen,“ sagte Astrid ruhig.

„Bist du denn ganz von Sinnen, Astrid?“ rief die Geheimrätin empört aus. „Du willst im Ernst Kranke pflegen? Da sind noch andere da! Bedenke, welchen Gefahren du dich aussetzt.“

„Fragen die Soldaten danach, die unser Land verteidigen, unseren Herz schützen? Mutter, sei doch nicht so grenzenlos selbstsüchtig! Die einzelne Person acht unter in der Allgemeinheit! Haben dich die letzten Tage denn nichts gelehrt? Mein Dasein als Lillie auf dem Felde“ drückt mich schwer! Ich schäme mich dessen! Jeder hat die Pflicht, nach allen seinen Kräften zu geben!“

„Bana gibt und tut genug.“

„An Geld, ja! Aber man braucht nicht bloß Geld — man braucht auch Herzen und Hände!“

„Astrid, ich verbiete es dir! Du hast Mühsichten auf mich zu nehmen.“ Die Geheimrätin war ganz außer sich. „Bana wird dir diesen abenteuerlichen Plan ganz energisch unterfragen.“

Astrid sah den Vater fragend an. „Das wird der Papa nicht.“

„Mein, mein Kind! Tut, was ihr wollt und was ihr könnt! Und es ist denn noch lange nicht genug!“ sagte er ernst und stark. „Und wenn eure Mutter nicht einsehen will, was die große Zeit erfordert, dann bedauere ich das nur tief. Aber sie möge sich hüten, ihre Ansichten weiter zu äußern. Ich möchte nicht, daß man über die Frau, die meinen Namen trägt, die Rede sein zußt! Doch hofft ich doch sie zur Einsicht kommt!“

Er worf einen unausdrücklichen, nachlässigen Blick auf seine Frau, die in ein verzweiflungsvolles Schluchzen ausgebrochen war und sich Ursulas Besorgnisvolligkeit versuchen gegenüber abwehrend versteckt. (Fortf. folgt)

Finanzminister Dr. Dehlinger in Calw

Am gestrigen Sonntag sprach der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger auf der Hauptversammlung des Landw. Bezirksvereins Calw über die Aufgaben der württ. Landespolitik; der Weisliche Saal war überfüllt. Der Minister bezeichnete als die drei großen Ziele der Landespolitik: Gerechtigkeit, Ordnung und Erhaltung der Lebensfähigkeit und Selbständigkeit des Staates. Gerechtigkeit müsse walten bei der Verteilung der Steuerlasten, in der Beamtenpolitik u. a. m.; für die Ordnung im Staatshaushalt müsse feste Grundsätze feststehen, die auch für Amtskörperschaften und Gemeinden zu gelten hätten.

Erster Grundsatz sei: keine Ausgabe ohne Deckung. Das Land Württemberg habe seit fast 7 Jahren keinen Abmangel in seiner Haushaltsführung zu verzeichnen. Ueber das Rechnungsjahr 1920 lasse sich Abschließendes noch nicht sagen, doch sei zu hoffen, daß der zu erwartende Abmangel bis auf zwei Millionen herabgedrückt werden könne. Die Haushaltsentwürfe für 1931-32 seien durch Abträge von insgesamt 22 Millionen (8 Millionen bei Personalausgaben und 14 Millionen bei verschiedenen Staatsausgaben) ausgleichend. Als zweiter Grundsatz habe zu gelten: Der Staat muß sich vor neuen, die Wirtschaft belastenden Aufgaben hüten. Besondere Vorsicht erforderten hier die Probleme der Unterrichtsverwaltung; Lehrerbildungsfrage und 8. Schuljahr. Mit der Hochschulbildung der Lehrer habe Sachsen schlechte Erfahrungen gemacht; für Württemberg sei ein solcher Versuch zu kostspielig. Auch für die obligatorische Einführung des achten Schuljahres und die Umwandlung der Mittelschulen fehlten die Mittel, so daß man sich vorerst noch mit der alten Regelung begnügen müsse. Dritter Grundsatz sei: Lieber sparen als Schulden machen. Wenn man im Reich nicht bald für Ordnung der Finanzen Sorge, werde das Ausland in Form von kurzfristigen Krediten gegebenes Geld zurückziehen. Es handle sich hierbei um etwa 80 Millionen RM. In Württemberg sei immer sparsam gewirtschaftet worden, trotzdem habe man jetzt den Reichssparkommissar ins Land gerufen. Bei der Prüfung der Verwaltung sei gut abgeschnitten worden, der Sparkommissar habe aber noch weitergehende Vorschläge gemacht, denen sich das Staatsministerium nicht habe anschließen können. Insbesondere die vorgeschlagene Aufstellung der Oberämter sei — mit Ausnahme der Zusammenlegung der vor den Toren Stuttgarts liegenden Bezirke Ludwigsburg, Eßlingen und Waiblingen — in der hütigen Notzeit abzulehnen; sie berge im übrigen auch die große Gefahr einer weiteren „Verstädterung“ des Landvolkes in sich. Vierter Grundsatz: Finanzpolitik will auf weite Sicht betrieben sein; der Finanzminister hat für die Allgemeinheit zu arbeiten, ohne der Gunst der Parteien und ihrer Interessen zu achten. Wenn Prälat Kaas in seiner „Teller Rede“ kirchlich festgesetzt habe, die Reichsfinanzpolitik sei bisher ein gefährliches Schachmännchen vor den Mäßen und ein Zurückweichen vor der Strafe gewesen, so sei damit der Charakter der Tages- und Interessenpolitik gekennzeichnet worden, die zu keinem Ziel führen könne.

Erhaltung der Lebensfähigkeit und Selbständigkeit des Staates ist das dritte der Ziele der Landespolitik. Der Minister betonte, daß nur ein gesunder Staat dem ganzen Volke zu dienen vermöge. Hierzu gelte in erster Linie eine Steuerpolitik, die alle Stände und Glieder des Landes gesund erhalte, nicht aber die Wirtschaft erdrücke. In Deutschland seien gegenwärtig die Steuern überhöht. Im Jahre 1929 habe das Gesamtsteueraufkommen einschließlich der Soziallasten im Reich 20 Milliarden RM. Das sind 30 Prozent des gesamten Volkseinkommens, betragen (1913 mit 5 Milliarden nur 11,5 Prozent). Wären die Finanzen des Reiches gesund gewesen, so hätte man ruhig die Revision des Dawesplanes von Seiten der Entente abwarten können; der Plan hätte an der Verpflichtung der Tributzuländer, die zu seiner Erfüllung notwendigen Devisenmengen zu schaffen, scheitern müssen. Angesichts der heftigen Ueberlastung der Wirtschaft müsse das Ziel sein, eine Lasten- und Einkommensherabsetzung zu bewirken. In Württemberg sei das in den letzten Jahren durch Senkung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erfolgt; die württembergische Landwirtschaft habe an Grundsteuer gegenwärtig nur noch 25 Millionen aufzubringen. Die Landespolitik sei beschränkt, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie zu fördern. Im Vordergrund ständen z. B. drei große Probleme: die Not der Landwirtschaft, die Katastrophe der Arbeitslosigkeit und die drohende Vernichtung der Forstwirtschaft. Der württembergische Staat habe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Darlehen an die Reichsbahn den zweigleisigen Ausbau der Nord-Südbahnlinie finanziert und durch Unterstützung des Planes der Elektrifizierung des Stuttgarter Vorortbahnetzes mit dazu beigetragen, daß die Reichsbahn diesen ersten Schritten nunmehr die Elektrifizierung der Bahnstrecke Augsburg—Stuttgart folgen lasse. Dem Gedanken einer Arbeitsdienstpflicht hielt der Minister für

durhaus geeignet. Die jugendlichen Erwerbslosen könnten hierdurch in richtigem Sinne erogen werden; die Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums, das sich befamlich ablesend äußerte, schienen übertrieben hoch. Die Not der Landwirtschaft sei allfälligerweise in Württemberg noch nicht so groß wie in anderen Teilen des Reiches. Der württ. Staat habe durch Uebernahme der Nachprämie der Hagelversicherung (3 Millionen RM.) unterstützend eingegriffen. Die Not der Forstwirtschaft — in Württemberg betrug 1929 der Anfall an Holztrag 7 Millionen — ist außerordentlich. Sie werde gesteigert durch den russischen Schleudereisport von Holz mit dem Ziel, die Holzmärkte Europas zu ruinieren, durch ungenügenden Zollschutz und die nachteilige Frachtpolitik der Reichsbahn.

Der Minister ging dann auf das für unsere Wirtschaft bedeutsame Erfordernis einer maßvollen Sozialpolitik ein. Aus der gegenwärtigen Krise könne nur eine bewußte Abkehr von der überfertigten Sozial- und Lohnpolitik herabgeholfen. Zur Gesunderhaltung des Landes dienten auch eine richtige Wohnungs- und Gemeindepolitik des Staates. In Württemberg seien bisher jährlich 13,5 Millionen RM. aus der Gebäudeverschuldungssteuer für den Wohnungsbau verwendet worden; für die Jahre 1931-32 ständen hierfür nur noch 6,5 Millionen zur Verfügung. Ein Ausgleich sei durch die Gewährung von Steuerbefreiungen bis 1933 für Bauvorhaben gegeben. Um eine Schwächung und Vertiefung der Wirtschaft zu vermeiden, müsse der Lastenausgleich zwischen Staat und Gemeinden ein gerechter sein. Die Verteilung der Lasten nach dem Einkommen sei abzulehnen, da sonst die Landgemeinden gegenüber den großen Städten mit Steuern überlastet werden müßten. In Württemberg sei man besonders auf den Schutz der Landgemeinden bedacht gewesen.

Die Erhaltung der Selbständigkeit des Staates gegenüber den unitaristischen Bestrebungen ist, wie Minister Dehlinger ausführte, mit Wachsamkeit zu verfolgen. In Berlin bestünde die Tendenz, die Landesfinanzen anzuhöhlen. Württemberg habe im vergangenen Jahre aus Ueberhöhen der Arbeitslosenversicherung 20 Millionen und aus solchen der Landesversicherungsanstalt 9 Millionen an das Reich abgeführt, während es bei den Reichsaufträgen um 82 Millionen zu kurz gekommen sei. Wegen der Postabfindung schwebt immer noch ein Streitverfahren. Das württembergische Volk sei fleißig, gütig, zuverlässig und anspruchslos, das dürfe aber nicht ausgenutzt werden. Bei einer Unitarisierung, wie sie die Länderreform vorsehe, werde kein Pfennig erspart. Eine neue Gefahr für unser Land sei die Sparforderung der Deutschen Volkspartei, im Reichshaushalt noch 200 Millionen zu streichen. Kürzen könne man nur bei den Länderüberweisungen und hier würde Württemberg mit einem Ausfall von 12 Millionen RM. betroffen.

Der Minister lehnte ferner den badischen Vorschlag betr. Bildung eines Staates Groß-Württemberg (Zusammenschluß Baden und Württemberg) als große wirtschaftliche wie auch politische Belastung für Württemberg ab und ging dann ausführlich auf die Auswirkungen der neuen Einheitssteuerverbesserung im Lande ein. Neu zu veranlagen seien in Württemberg 400.000 Landwirtschaftsbetriebe mit 9 Millionen Morgen; bis die neuen Kataster festständen, werde man mit erheblichen Verzögerungen zu rechnen haben. Ermäßigungen habe die Notverordnung auch bei Vermögens- und Umsatzsteuer gebracht. Eine gesunde Steuerentwicklung sowie die Sanierung der Reichsfinanzen seien jedoch erst möglich, wenn die Reparationslasten fortfielen. Es müsse vornehmste Aufgabe des Volkes sein, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen. Hier liege der Schlüssel zur Rettung Deutschlands. Der Minister lehnte die Paneuropabestrebungen, denen nur ein slavischer Geist dienen könne, ab; auch glaube er nicht an die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich. Die neue nationale Bewegung im erwachten Deutschland zeige immer weitere Kreise und der Erfolg dieses Geistes werde nicht ausbleiben. Im kommenden Jahre werde zusammen mit der Wahl des Reichspräsidenten und des preussischen Landtags ein neuer württembergischer Landtag zu wählen sein. Da solle das Volk nicht vergessen, daß die Entscheidung in seiner Hand liege. Es gebe zu denken, daß bei den letzten Reichstagswahlen in katholischen Bezirken des Landes 85 Prozent der Wähler, in evangelischen Bezirken dagegen nur 50 bis 60 Prozent ihre Stimme abgegeben hätten. Mit den Worten: Was man sät, wird man ernten, wie gewöhnt wird, wird regiert und einem Appell zur Bildung einer festen Volks- und Schicksalsgemeinschaft schloß der Minister seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Der Rede des Ministers war ein interessantes Referat von Reichstagsabg. Dingler vorausgegangen, über welches wir ebenso wie über den geschäftlichen Teil der Hauptversammlung des Landw. Bezirksvereins noch berichten werden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 2. Februar 1931.

Der Februar

Nach einem Januar, der uns diesesmal eigentlich nur andeutungsweise hat merken lassen, daß er auf seinen Namen „Frost- und Eismonat“ immer noch nicht verzichtet hat, treten wir mit dem Februar in den letzten Wintermonat ein. Es gibt viele, die ihn als vollwertigen Wintermonat gar nicht mehr gelten lassen wollen. Und ganz unrecht haben diese Leute nicht! Bringt uns doch der Februar schon eine merkliche Zunahme des Tageslichtes, ein wahres, wirkliches Glückegefühl. Gerade die Wohlthat des wachsenden Tages und der Segen einer von Tag zu Tag an Kraft gewinnenden Sonne, die uns ein gutgekannter Februar schenkt, verschaffen ihm eine freundliche Empfehlung. An Kirchenfesten, die immerhin auch eine weltliche Bedeutung haben, fällt in den Februar nur der Tag Mariä Lichtmess. Von besonderer Wichtigkeit ist dieser Tag seit altersher auf

dem Lande, wo ehemals der Dienstbotenwechsel stattfand, nachdem der Bauer die hinführenden Taler auf den Tisch hingezählt hatte. Wenn auch das Wandern der Knechte und Mägde heute nicht mehr zahlenmäßig den Umfang früherer Jahre erreicht, so gibt es doch auch diesmal an Lichtmess wieder viele Dienstboten, die sich neu verdingen.

Dienststrafhof für Körperschaftsbeamte.

Bürgermeister Göhner in Calw ist zum stellvertretenden Weislichen im Dienststrafhof für Körperschaftsbeamte gewählt worden.

Zur Frage der Ortsvorsteherwahl in Oberhangelt wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Amtszeit von Bürgermeister Proß erst im Mai dieses Jahres abläuft. Ein früherer Termin für eine Ortsvorsteherwahl in Oberhangelt kommt nicht in Frage. Die in der Samstagsausgabe des C. T. gemachten diesbezüglichen Angaben sind unzutreffend und beruhen anscheinend auf einem Mißverständnis.

22.31 Schwere politische Zusammenstöße in Calw. Von nationalsozialistischen Kreisen wurde am Samstagabend eine kommunistische Versammlung in Nagold, in der der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schläffer gesprochen hatte. Die Kommunisten hatten den Nationalsozialisten Baehner zur Diskussion aufgefordert, ihm aber keinen persönlichen Schutz zugesichert. Nach Schluß der Versammlung, als die Hälfte der Nationalsozialisten den Versammlungssaal verlassen hatte, setzte ein einmal ein mörderisches Trommelfeuern gegen die Nationalsozialisten ein. Neben Dumban-Geschossen flog noch ein Hagel von Bierflaschen und Gläsern gegen die abziehenden Gegner, von denen 21 verletzt wurden, darunter gab es 8 Schwerverletzte, von denen einer hoffnungslos in der Tübinger Klinik mit einem Bauchhieb darniederliegt. Bis das aus Stuttgart herbeigekommene Ueberfallkommando eintraf, hatten die Nationalsozialisten die Kommunisten im Saal zurückgehalten. Obwohl vor der Versammlung sowohl die Kommunisten wie auch die Nationalsozialisten von der Polizei nach Waffen durchsucht worden waren, fand die Polizei, die auf kommunistischer Seite 6 Verhaftungen vorgenommen hatte, trotzdem nachher 6 mit Dumban-Geschossen scharf geladene Revolver, sowie eine große Zahl Schrauben und Schlagringe vor, die vermutlich von weiblichen Angehörigen der Kommunisten, die man nicht nach Waffen untersucht hatte, eingeschmuggelt worden sind.

Warnung vor falschen Finanzgründen.

Nach Zeitungsnachrichten hat in der letzten Zeit ein inwischen in Konstanz festgenommener Betrüger in der Bodenseeregion verschiedene Geschäftsleute bestraft und sich als Finanzbeamter vorgestellt. Er gab entweder vor, daß er Vollziehungsbeamter sei und rückständige Steuern beuntreiben habe oder daß er mit der Vornahme einer Betriebsnachschau wegen Unzufriedenheit und der so verlegten Einziehung der Steuer beauftragt sei. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, verschiedene Geschäftsleute um kleinere oder größere Beträge zu betrügen. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Empfangnahme von Geld für das Finanzamt außerhalb der Räume der Finanzkasse nur die mit einem Ausweis versehenen Vollziehungsbeamten befugt sind; insbesondere sind die Nachschaubeamten nicht berechtigt, Zahlungen für das Finanzamt anzunehmen.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Im Westen liegt Hochdruck, der aber infolge einer im Norden aufgetretenen Depression nur vorübergehend die Wetterlage beherrscht, so daß für Dienstag und Mittwoch wieder mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten ist.

Waldad, 1. Febr. Um den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen, sollen hier Spannschlepparbeiten eingeführt werden, wozu ein Kurs eingerichtet wird. Raum, Beleuchtung u. v. übernimmt die Stadtgemeinde. Außerdem wird eine Sappenkasse eingerichtet werden; eine Sammlung von Kleidung und Wäsche ist vorgesehen, die die Frauen vom Nat. Frauendienst übernehmen. Bezüglich der Wärmeübernahme wurde im Gemeinderat ein schlechter Besuch festgesetzt.

Palzartenwetter, 1. Febr. Nach einer Operation starb der in weiten Kreisen bekannte Tierheilkundige Christian Dickerle hier im 62. Lebensjahr. Der Verstorbene, der in landwirtschaftlichen Kreisen sehr geschätzt war und der seine Praxis nicht nur im Bezirk Freudenstadt, sondern auch im Bezirk Nagold und bis zum Calwer Wald ausübte, war schon längere Zeit leidend.

Stuttgart, 2. Febr. Das württembergische Innenministerium beabsichtigt, die neuen Vorschriften über das Kassens- und Rechnungswesen der Gemeinden nicht in der allgemeinen Vollzugsverordnung zur neuen Gemeindeordnung zu regeln, es plant vielmehr die Erlassung einer besonderen Haushaltsplan-, Kassens- und Rechnungsordnung, in deren Bestimmungen auch das Rechnungswesen der Amtskörperschaften einbezogen werden soll.

Stuttgart, 1. Febr. Wie die Deutsche Wirtschafts-Zeitung berichtet, sind zahlreiche ursprünglich geplante Feste, Vereinsveranstaltungen usw., die sonst regelmäßig alle Jahre wiederkehren, in diesem Jahre abgeblasen worden. Sicherlich zum nicht geringen Teil auf Grund der regierungsseitigen Anregung. Daß dieser offiziellen Auslassung auch noch so und so viele Anregungen von Frauenvereinen und anderen Organisationen folgen würden, war selbstverständlich. All diese Anregungen haben dazu beigetragen, daß die Not im Gastwirtschaftsgewerbe, bei den Angestellten, bei den Musikern und den verschiedenen damit im Zusammenhang stehenden Gewerben gewachsen ist und noch weiter wächst.

Stuttgart, 1. Febr. Die zweite Amtszeit von Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager läuft im Mai ab. Nun ist zwar durch das Gesetz die Möglichkeit gegeben, die Stadtvorstandswahl bis Ende dieses Jahres zurückzustellen. Das würde aber bedeuten, daß sie dann nahezu mit den Gemeinderatswahlen zusammenfielen. So erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Neuwahl des Oberbürgermeisters schon sehr frühzeitig — genannt wird der 26. April — stattfinden wird.

Stuttgart, 1. Febr. Der Polizeibericht meldet: Nach Schluß der nationalsozialistischen Versammlung am Freitagabend marschierten die SA-Leute geschlossen vom Lindachsaal zum Marktplatz. Dabei wurden sie von den Gegnern der Partei maßlos beschimpft und teilweise angegriffen, so daß die Polizei die Straßen absperren mußte. Da schon in der oberen Kanzleistraße von den in die Spiegelstraße Abgebrängten mit Steinen geworfen wurde, ging die Polizei mit dem Gummiknüppel vor und übertrieb diese und die angrenzenden Straßen. Auf dem Marktplatz, wo die SA-Leute

Halt machen, gab es um 12 Uhr ebenfalls einen großen Auf-
lauf mit wüstem Geschrei und Geschimpf, so daß auch dieser
geäußert werden mußte.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

100 holl. Gulden	169,29
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	81,39

R. C. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 31. Januar.
Tajcläusel 25-40; Walnüsse 35-45; Kartoffeln 3-4;
Endivienalat 5-15; Wiking (Rohkraut) 6-8; Silber-
kraut 3-4; Weißkraut rund 4-5; Rotkraut 5-6; Blumen-
kohl 20-50; Rosenkohl 10-20, 1 Pfd. 20-25; Grünkohl 10;
Rote Rüben 6-8; Karotten runde 10-20; Zwiebel 5-7;
Rettiche 5-8; Monatsröhre 18-20; Sellerie 10-25;
Schwarzwurzel 30-35; Spinat 25-35.

Vom Wert eines Obstbaumes

Es kommt vielfach im Leben vor, daß der Wert eines
Obstbaumes festgestellt werden soll. Dies ist an sich eine
schwierige Sache, denn eine Pflanze, deren Erträge je nach
eintretender Witterung sehr großen Schwankungen unter-
worfen sind, kann niemals gleich einem toten Gegenstand
einheitlich nach einem bestimmten Schema gewertet werden;
es kann sich bei ihr nur um eine durch Sachverständige vor-

zunehmende Schätzung ihres mutmaßlichen Wertes handeln.
Aber auch dem Sachmann wird es nie möglich sein, den
Wert eines Baumes genau zu bestimmen; es bleibt immer
beim Schätzen und dieses kann fehlen. Der Eigentümer soll
den Baum nicht über-, der Erwerber oder sonst an dem
Baum Beteiligte nicht unterschätzen; am besten werden billige,
den Verhältnissen Rechnung tragende Vereinbarungen zum
Ziele führen.

Je gesuchter und geschätzter das Obst als Nahrungsmittel
ist, desto mehr tritt der Wert eines Obstbaumes in die Er-
scheinung. Der Krieg brachte auch hierin eine Aenderung
in der Auffassung vom Wert des Obstes, weshalb auch Obst-
anlagen im Preise ganz bedeutend gestiegen sind. Am leicht-
sten ist der Baumwert eines jungen Baumes bis zu 10 Jah-
ren zu bestimmen. Man berechnet die Anschaffungskosten,
Düngung und Pflege und den Zuwachs. Wie ist demnach
etwa ein 8jähriger Baum wertlich zu schätzen? Anschaffungs-
kosten 3 Mark, Pflanz und Pflanzung 2 Mark, Düngung und
Pflege pro Jahr 80 Pfennig, Zuwachs in den ersten 5 Jahren
pro Jahr 1 Mark, in den weiteren Jahren pro Jahr 2 Mark,
also zusammen 3 plus 2 plus 6,40 plus 4 plus 6 Mark gleich
21,40 Mark. Im ersten Jahr kommt kein Zuwachs in Betracht.
Schwieriger ist das Abschätzungsverfahren bei einem
Baum über 10 Jahren. Hierbei kommen in Betracht Baum-
form, Nachfrage und Preisverhältnisse, Ertragsfähigkeit und
Fruchtbarkeit des Baums. Es sind deshalb im Lauf der

Zeit zahlreiche Schätzungsmethoden aufgetaucht, die aber alle
nicht befriedigen, vielfach wird eben in der Praxis nach dem
subjektiven Empfinden verfahren. Es seien nur die einfach-
sten Schätzungsmethoden angeführt.

Gewöhnlich schätzt man den Wert eines Baumes, der ein
Alter von über 10 Jahren erreicht hat, entweder nach dem
Stammumfang in Brusthöhe oder nach dem Durchschnitts-
ertrag aus 5 Ertragsjahren, der dann kapitalisiert wird. Be-
dient man sich bei der Abschätzung des Stammumfangs, so
rechnet man für den Zentimeter je nach Alter, Gesundheits-
zustand, Lage, Sorte, Fruchtbarkeit des Baumes 30-120
Pfennig. Will man nach dem Durchschnittsertrag den Wert
berechnen, so nimmt man den durchschnittlichen Ertrag in den
letzten 5 Jahren als Zins an und berechnet hieraus das
Baumkapital. Man kann auch den allgemein üblichen Durch-
schnittsertrag annehmen, der im Alter von 10-20 Jahren
etwa 1 Zentner, im Alter von 20-30 Jahren 2 Zentner und
im Alter von 30-50 Jahren 4-6 Zentner beträgt. Bei den
Bäumen mit einem höheren Alter kommt es sehr auf die
Ertragsfähigkeit an, so daß in diesen Fällen nur nach den be-
stehenden Verhältnissen eingeschrieben werden kann.

Der teilweise Schaden an Obstbäumen durch Wild, Anfa-
hren, Baumfrevler usw. läßt sich am sichersten in der Weise er-
mitteln, daß man zuerst den augenblicklichen Gesamtwert des
betroffenen Baumes feststellt und dann den Prozentsatz der
Beschädigung schätzt.

Um unsere Lager in Winterwaren gründlich zu räumen,
haben wir die Preise nochmals bedeutend herabgesetzt,
so daß Sie jetzt zu

nochniedrigewesenen Preisen

kaufen können

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit:

Kindermäntel bis zu 4 Jahren Mk. 5.- 4.50 4.- 3.50 **3.-**

Kindermäntel in den Größen 75, 80, 85, 90
Mk. 15.50 13.50 11.50 **9.50**

Damenmäntel in allen Stoffarten
Mk. 14.50 11.50 9.50 **7.50**

Damenmäntel ganz gefüttert
Mk. 42.- 37.50 32.50 29.50 25.50 23.50 **19.50**

Kinderkleider in Waschsamt und Tweed
Mk. 4.50 3.50 **2.50**

Damenkleider in allen modernen Stoffen
Mk. 28.50 21.50 17.50 13.50 9.50 7.50 5.50 **3.50**

Tanzkleider bis zur Hälfte reduziert von Mk. **7.50** an

Herrenmäntel Mk. 65.- 55.- 45.- 35.- 25.- **15.-**

1 Posten reinwollene Kammgarnanzüge
modernste Muster, beste Verarbeitung, Ersatz für Maß Mk. **52.-**

1 Posten Herrenanzüge statt Mk. 75.- nur Mk. **45.-**

Herrenhosen von Mk. **3.50** an

Tweed für Kleider und Blusen Meter Mk. **-.95**

1 Posten Kleiderzwirn f. Hauskleider Meter Mk. **-.95**

Popeline in allen Farben Mk. 3.25 2.75 2.25 1.95 **1.75**

Cheviot reine Wolle, in vielen Farben Meter Mk. **-.95**

Crêpe Marocain 100 cm breit, beste Qualität,
in allen modernen Farben Mk. 5.75 **4.75**

Bettdamaste in gestreift und geblumt
Mk. 2.90 2.50 2.25 1.95 1.75 1.45 **-.95**

Schürzenstoffe ca. 120 cm br. Mk. 1.30 1.15 **-.95** **-.80**

**1 Posten Bett- u. Tischwäsche, sowie Damen-,
Kinder- und Herrenwäsche, etwas angestaubt**

zur Hälfte des regulären Preises.

Sämtliche angegebenen Beispiele sind im Preise um

50% reduziert.

Geschwister Kleemann, Calw

Biergasse 2

Marktplatz 24

Benützen Sie die großen Vorteile meines

Inventur-Ausverkaufs

Dienstag, 3. Februar, letzter Tag
Paul Röchle, am Markt, Calw



Bettstellen

für
Erwachsene und Kinder
empfiehlt
Carl Herzog, Eisenhandlung, Lederstraße.

Amtl. Bekanntmachungen

Amtsgericht Calw

Der Wirtl. Landesverband der Standesbeamten hält
am Donnerstag, den 12. Februar ds. Js., nachm. 2 1/2 Uhr
in Tübingen im Schwurgerichtsjaal des Justizgebäudes
für die Standesbeamten des Landgerichtsbezirks eine Kon-
ferenz mit einem Vortrag über die Führung der Standes-
regulier mit anschließender Aussprache ab. Der Besuch dieser
Konferenz wird den Standesbeamten empfohlen.
Den 2. Februar 1931.

Die Wanderarbeitsstätte

liefert auf die Bühne
schön gespalt., trockenes Brennholz
zu 2.30 Mk. für 1 Zentner
und Anzündholz in Bündeln
zu 25 Pfg. für 1 Bund
Bestellungen
nimmt entgegen
Oberamtspflege Fern-
sprecher 160

Gärtringen

Der am Donnerstag, den 5. Februar ds. Js.,
fällige
Bieh-
und Schweinemarkt
wird abgehalten, wozu eingeladen wird.
Die durch oberamtlichen Erlaß vom 2. Januar 1931
bekannt gegebenen Vorschriften sind einzuhalten.
Beginn des Schweinemarktes 1/8 Uhr, des Bieh-
marktes 1/9 Uhr. Gemeinderat.

Noch nie

seit den letzten Jahrzehnten,
konnte man Grundstücke so billig und
zum Teil zu so günstigen Bedin-
gungen erwerben, wie gegenwärtig.
Wer heute über entsprechendes Kapital verfügt,
kann sehr günstig kaufen. Ich habe eine
größere Anzahl Objekte im
Auftrag zu verkaufen
und sehe Anträgen von ernstlichen Interessenten
gerne entgegen.

Albert Preßburger,
Immobilien u. Hypotheken, Horb a. N.
Rückporto erbeten. Telefon 238.

Ständiges Injizieren bringt Erfolg

Öffentlicher Vortrag.

Ueber das Thema:

„Weltkrieg droht auf deutschem Boden“

spricht

am Donnerstag, 5. Februar, abends 8 Uhr
im Lamm in Liebenzell

Korvettenkapitän Köfler-Weberlingen
an Hand der neuesten Enthüllungen

über die nahe Kriegsgefahr und die Weltkrise.

Von überparteilicher Warte aus werden die Vor-
bereitungen zum neuen Weltkrieg außenpolitisch und
innenpolitisch aufgedeckt und die Mittel zur Verhinderung
dieser drohenden Weltkatastrophe aufgezeigt.

1-2 Morgen Wald (Kultur)

mit An- aus Privathand zu kaufen gesucht
Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.

Concordia
Calw
Heute Abend
punkt 8 Uhr
Gemischter Chor
Vollzähliges Erscheinen
erforderlich.

D. H. V.
Heute Abend
Monats-
Versammlung
Rückvergütung
der Eintrittskarten.
Die Ortsgruppe.

40% Rabatt
auf einen Posten
Bauerwäsche
und weiche Hemd-
kragen, solange
der Vorrat reicht
Reichert an der
Brück
Alzenberg
Reine
Milchschweine
verkauft
E. Marie Deutler.

Empfehle ab Dienstag
früh
prima junges fettes
Ruhfleisch
per Pfund 70 Pfennig
Paul Müller z. Krone.
Wohnung
4 oder 5 Zimmer
mit Gartenanteil usw.
sowie zu vermieten.
Hermann Eder, Hirsau
Brennholz- und
Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei
K. Otto Vincon, Calw